

Erstmal
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkssblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sh.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sh.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberrgr.

N: 134.

Paderborn, 8. November

1849.

Uebersicht.

Correspondenz des Abgeordneten Herrn Hesse.
Deutschland. Berlin (die Bürgerwehr einstweilen aufgehoben);
Posen (die Demarkationslinie); Hannover (das Schiedsgericht);
Hamburg (die Einquartirungskosten); Kiel (die Landesversamm-
lung); Elberfeld (Cholera); Frankfurt (bayer. Frankomarken);
Karlsruhe (Rückkehr von Flüchtlingen); Wien (Minister v. Schmer-
ling; das Stempel-Gesetz; Eilirung der Urtheilsvollstreckungen).
Frankreich. Paris (Programm des neuen Ministeriums; Rede des
Präsidenten der Republik).
England. London (Dankegebete wegen Abnahme der Cholera).
Italien. Rom (Deputationen an den Papst; die fremden Truppen).
Griechenland. Athen (die polit. Flüchtlinge).
Türkei. (Schreiben der „Times“ über die jetzige Lage).
Paderborn. (Die Familie des verstorb. Polizei-Commissairs Körner.)
Vermischtes.

Berlin, den 4. November 1849.

In der gestrigen Sitzung der 2ten Kammer ist der Ausbau der Ostbahn, der Westphälischen, und der Saarbrücker Eisenbahn fast einstimmig, und die Bewilligung der Geldmittel nach dem Antrage im Commissions-Berichte mit großer Mehrheit beschlossen worden. Das Amendement Simson, und das daran gehängte Unter-Amendement Benzyl, durch welche die Ausführungen dieser Bauten sehr in Frage gestellt werden konnten, wurden mit 256 gegen 38 Stimmen beseitigt. Nach längerer Debatte ist die Richtung von Warburg über Paderborn nach Soest beibehalten, und Seitens des Ministeriums die Zweigbahn von Paderborn nach Bielefeld in Aussicht gestellt werden. Für Paderborn und Gegend sind diese Beschlüsse und Aussichten von größter Wichtigkeit, und ich zweifle nicht daran, daß auch die andere Lebensfrage wegen Belassung des Appellationsgerichts für Paderborn die günstige Entscheidung herbeiführen werde, obgleich von Hamm aus alles in Bewegung gesetzt wird, um auch dort dasselbe zu erlangen.

Am 3. October wurde das Gesetz zur Aufhebung der Classensteuerbefreiungen von der zweiten Kammer angenommen; ich hatte ein Amendement eingebracht dahin lautend: Diejenigen Lehrer welche bis jetzt noch nicht im Besitze eines Einkommens von 120 Rthlr. jährlich sich befinden, so lange von der Classensteuer zu befreien, bis die im §. 23. der Verfassungs-Urkunde zugesagten Verbesserung der Lehrer zur Geltung gekommen sei.“ Dieses Amendement zog ich sofort zurück, weil Herr v. Kleist-Netzow ein ähnliches eingebracht hatte, und weil ich darnach die exceptionellen Steuerbefreiungen gegen meine Grundsätze hätte verteidigen müssen. Jetzt, nachdem man die Lehrer mit 56,588 Rthlr. rückstandslos besteuert, während die Staatsunterstützung für dieselbe nur in 20,000 Rthlr. besteht; jetzt haben wir dringende und genügende Veranlassung, den Antrag auf Verbesserung der Lage vieler Elementarlehrer einzubringen, und mit einem triftigen Grunde mehr zu unterstützen.

In der Woche vom 12 — 17. d. M. wird die Ablösungs-Ordnung gutherrlicher Gefälle, und demnächst das Rentenbankengesetz auf die Tagesordnung kommen; wenn ich früher erwähnte, daß wir mit Denkschriften gegen das Gesetz, und insbesondere gegen den 18fachen Ablösbetrag gleichsam überfluthet wurden, so kann ich selbst diesem noch hinzufügen, daß in neueren solcher Flugschriften nicht allein das Ministerium, sondern auch die Agrar-Commission auf das heftigste angegriffen, und des Eingriffs ins wohlverworbene Recht gradezu bezichtigt werden. Ausdrücke darin, wie z. B. „Es ist minder übel stumm zu sein, als mit einem beredten Sprach-Organen den Leuten zu verfallen!“ so wie in einer anderen Druckschrift die Bemerkung: Ein Redner in der Commission, den der

Unmuth über die in seiner früheren Heimath temporair eingetretenen traurigen Conjunctionen und Illusionen über republikanische Freiheiten, Zeitweise in die Urwälder Amerikas trieb, hat von seinem Standpunkte aus in sehr entschiedener Weise ein Urtheil über die bauerlichen Verhältnisse der ganzen Monarchie gefällt, und dadurch hauptsächlich dazu beigetragen, die gravirende Bestimmung für die Berechtigten § 64 des Entwurfs durchzusetzen! Solche Anfeindungen, deren letztere sich sogar auf mich bezieht, sind nicht geeignet, eine Sache zu verteidigen, deren endliche Lösung überall schon längst sehnlichst gewünscht, und als der ewige Zankapfel zwischen Berechtigten und Verpflichteten angesehen ist. Ich bezweifle nicht, daß die gründlich motivirten Vorschläge der Agrar-Commission auch in Pleno angenommen werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch die bisherige gravirende Bestimmung im Paderborner Ablösungs-Reglement §§. 14 u. 15 für diejenigen fortfallen, welche sich dem bauerlichen Erbfolge Gesetze vom 13. Juli 1836 für die Provinz Westphalen nicht gefügt und daher 4 1/2 pr. in infinitum zu zahlen hatten, während andere nur 4% mit 41 jähriger Tilgung zahlen. Das Erbfolgegesetz de 1836 ist aufgehoben, und mit der Ursache muß nothwendig auch die Wirkung verschwinden.

Ich weiß nicht, was den Herrn Einsender eines früheren Artikels in Ihrem Blatte zu der Bemerkung veranlaßt hat: daß wir durch unsere Abstimmungen über Art. 108 der Verfassung als Steuerverweigerer betrachtet werden müßten. Zwar hat jener Herr Einsender bereits im Blatte vom 31. October die gründlichste Widerlegung erhalten, und es ist ihm darin bewiesen worden, daß ohne das Steuerbewilligungs-Recht die Kammern eigentlich ganz überflüssig oder doch wenigstens zu bloß beratenden Versammlungen herabgesetzt seien; es ist indeß zu beklagen, wenn durch derartige Bemerkungen den Bestrebungen der Kreuzzeitung Vorschub geleistet, und der Kladderadatsch, oder wie er sich selbst nennt „der Zuschauer“ dieses Blattes mit Waffen aus dem andern Lager versehen wird. Wir werden übrigens unsere Abstimmungen mit unserm Gewissen verantworten, und unser Mandat ermächtigt uns nicht, den Volksberechtigungen das Geringste zu vergeben. Unserer Viele würden weit eher das Mandat niederlegen.

Die Kirchen- und Schulfrage wird zunächst auf die Tagesordnung gelangen. Unsere Verfassungs-Commission hat die Zusätze der 1sten Kammer, und namentlich auch das fatale v. Ammon'sche Amendement zu § 12. gestrichen, und der ursprüngliche Text der Verfassung wieder hergestellt. Die Debatten hierüber in der Plenarsitzung werden lebhaft, und die eingerissene Amendementsucht dadurch aufgestachelt werden. So weit ich die Stimmung in unserer Kammer zu beurtheilen vermag, verspreche ich mir dennoch eine günstige Lösung dieser Fragen in der Hauptsache.

Wir sind gespannt auf die vom Finanzminister versprochene Vorlage wegen Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen; an dieser und der Steuer-Ausgleichungs-Frage kann noch mancher die Sporen verdienen, oder Zöpfe erhalten; ich befürchte, daß solche in der jetzigen Sitzungsperiode nicht zum befriedigenden Resultate gelangen werden. Seit 39 Jahren sind diese Fragen unerledigt geblieben.

Als Curiosum melde ich zum Schlusse: daß wir gestern in der Agrar-Commission über das Verbleiben oder den Wegfall eines Zeichens eine Stunde lang debattirt haben; das ist mehr als Wortflauberei.

Hesse.